

Stand: 02.05.2024 11:10:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26338

"Unterstützung der Heizöl-, Hackschnitzel- und Pellet-Nutzer unter den KMU"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26338 vom 02.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/26353 vom 02.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 02.02.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Unterstützung der Heizöl-, Hackschnitzel- und Pellet-Nutzer unter den KMU

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt den unermüdlichen und erfolgreichen Einsatz der Bundesregierung an, sowohl Unternehmen als auch Verbraucherinnen und Verbraucher in der größten Energiekrise unserer Zeit zu unterstützen und sie angesichts der extremen Preissteigerungen effektiv zu entlasten.

Der Landtag erkennt die Notwendigkeit an und unterstützt ausdrücklich, dass auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die nicht-leitungsgebundenen Brennstoffe wie Öl, Pellets etc. nutzen, durch die Härtefallfonds des Bundes und der Länder entlastet werden.

Der Landtag unterstützt daher Bemühungen auf allen Ebenen, die entsprechende Entlastungen zum Ziel haben.

Begründung:

Die Bundesregierung arbeitet seit Monaten erfolgreich daran, Deutschland schnellstmöglich von russischen Energielieferungen unabhängig zu machen und die Preise zu stabilisieren. Mit Entlastungspaketen und Energiepreisbremsen in einer Gesamthöhe von rund 300 Mrd. Euro werden Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet. Gerade in Bayern sind leitungsungebundene Energieträger bei kleinen und mittleren Betrieben weit verbreitet. Die SPD-Fraktion im Landtag setzt sich daher nachdrücklich auch für eine Entlastung dieser Unternehmen ein.

Die Entlastung der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle Ebenen ihren Beitrag leisten müssen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/26338

Unterstützung der Heizöl-, Hackschnitzel- und Pellet-Nutzer unter den KMU

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Annette Karl

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Manfred Ländner

Abg. Gerd Mannes

Abg. Albert Duin

Abg. Kerstin Schreyer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Stabile und verlässliche Politik statt Ampel-Chaos: Unterstützung der Heizöl-, Hackschnitzel- und Pellets-Nutzer unter den KMU weiterhin vom Bund einfordern (Drs. 18/26243)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Unterstützung der Heizöl-, Hackschnitzel- und Pellet-Nutzer unter den KMU (Drs. 18/26338)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Energie- und Krisenpolitik der deutschen Bundesregierung ist einfach nur noch ein Trauerspiel. Ich bin empört. Ich sage es mal frei weg von der Leber. Verzeihen Sie mir bitte die Wortwahl, aber es stinkt einfach zum Himmel, dass aus Berlin immer wieder Entscheidungen kommen, die einfach nicht mehr nachvollziehbar und mit dem gesunden Menschenverstand vereinbar sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist leider eine Tatsache. Leider ist auch keine Besserung in Sicht. Ganz im Gegenteil: Quasi über Nacht hat der Haushaltsausschuss des Bundes die Energieträger Heizöl, Pellets und Hackschnitzel bei den Energiehärtefallhilfen einfach einkassiert.

Die Zusage der Bundesregierung, Details dieser Härtefallregelung mit den Ländern zu koordinieren, wurde mit Zustimmung der Ampel-Fraktionen ohne jegliche Vorankündigung einfach aufgekündigt. Wir halten diese Entscheidung für unverantwortlich und für eine einzige Katastrophe. Ich sage Ihnen auch, warum: Der Haushaltsausschuss hat den Beschluss des eigenen Kabinetts gekippt; das ist besonders bizarr. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das zeigt doch das ganze Ausmaß dieser Konfusion in Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bayern wollte die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund eigentlich zum 30. Januar unterzeichnen und zum 31. Januar die Antragstellung auf Härtefallhilfen für existenzbedrohte Betriebe eröffnen. All diese Planungen, Vorbereitungen und Ankündigungen der Länder wurden nun über den Haufen geworfen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren der Ampel: Wie erklären Sie den Betroffenen jetzt, dass durch dieses unsägliche Flickwerk erneut wochenlange Verzögerungen entstehen, weil nämlich alle Vorleistungen über die avisierte Verwaltungsvereinbarung zwischen Bayern und dem Bund neu angepasst und kurzfristig umprogrammiert werden müssen?

Meine Damen und Herren, die Preise für Öl, Hackschnitzel oder Pellets sind in den letzten Monaten bekanntlich ähnlich exorbitant gestiegen wie für Gas und Strom. Wir wissen aber auch, dass hohe Energiekosten die Pleitewelle antreiben. Daher brauchen viele Betriebe jetzt dringendst Unterstützung. Für sie ist die aktuelle Lage äußerst brisant. Genau diese existenzgefährdeten Unternehmen bekommen nun im Härtefall keine Unterstützung mehr vom Bund. Erst werden diese Hilfen öffentlich groß angekündigt, dann macht Berlin urplötzlich einen Rückzieher. Versprechen des Bundeskanzlers und des Bundeswirtschaftsministers sowie Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Dezember 2022 werden einfach ignoriert und gebrochen. Wir betrachten diese Maßnahme als einen massiven Vertrauensbruch in einer der größten Krisen der Nachkriegszeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, nach dem unvorhergesehenen Stopp der KfW-Förderung und dem Rückzug vom Bundes-Länder-Paket zur Förderung der Sportstätten ist dies ein weiterer, gravierender und verräterischer Wortbruch der Ampel auf Kosten der Menschen und der Betriebe in unserem Land,

(Margit Wild (SPD): Die Wortwahl sollte man sich schon genau überlegen!)

ganz zu schweigen von den irrsinnigen Diskriminierungsplänen bei der Wasserkraft, der Biomasse, den Biogasanlagen sowie den Fehleinschätzungen bei Gas- und Strompreisbremsen zulasten der Wasserstoffentwicklung. Meine Damen und Herren, Ziel muss es doch gerade jetzt sein, die Energieerzeugung auf ein breites Fundament zu stellen, damit Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Unabhängigkeit im Energiebereich nachhaltig gewährleistet sind.

(Margit Wild (SPD): Das habt ja ihr versäumt!)

Sie aber bewirken genau das Gegenteil, und das ist für uns völlig absurd. Die Ampel produziert hier nur noch ein heilloses Durcheinander. Wir sind wirklich entsetzt über dieses Chaos in Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir fordern Sie deshalb auf: Wirken Sie endlich auf Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bund ein; beenden Sie diese haarsträubende Konfusion! Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Entscheidung, sogenannte nicht leitungsgebundene Energieträger aus den Härtefallhilfen auszugrenzen, ist nicht nur falsch; sie ist rein dogmatisch; sie ist ein Desaster für viele kleine und mittlere Unternehmen; sie ist ein Desaster für den Klimaschutz und ein Desaster für die Bewältigung der Energiekrise. Das ist wieder ein Zeichen der Regierungsunfähigkeit von Rot, Gelb und Grün.

Sie ruinieren unseren Wirtschaftsstandort, Sie fahren unser Land immer mehr an die Wand. Sie verschärfen mit solchen ideologischen Fehllenkungen permanent die Krise. Sie hintergehen nicht nur die politischen Absprachen; Sie hintergehen auch unsere Betriebe. Der Wirtschaft entstehen immer weitere, erhebliche Schäden und Verluste. Vielen Unternehmen, insbesondere im Mittelstand, droht eine wirtschaftliche Gefährdung ihrer Existenz. Das lassen wir nicht zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist ja lächerlich!)

Wir brauchen endlich wieder eine stabile und eine verlässliche Politik. Wenn Sie in Berlin nicht in der Lage dazu sind, dann muss notfalls eben der Freistaat wieder für die Versäumnisse des Bundes eintreten. Wir werden im Bedarfsfall Härtefälle mit eigenen Geldern rasch abdecken.

Ich sage aber ebenso deutlich: Das entbindet Sie nicht von der Pflicht, Ihre Zusagen gegenüber den Ländern einzuhalten. Deshalb fordert die bayerische Regierungskoalition eindringlich, die angekündigten Härtefallhilfen aus Bundesmitteln explizit im Bereich Öl, Pellets und Hackschnitzel wie ursprünglich geplant umgehend zu realisieren. Unser Wirtschaftsminister hat sich sofort an den Bund gewandt und gefordert, die wirren Entscheidungen zu revidieren und abzuwenden. Wir appellieren nochmals energisch und mit Nachdruck, diesen fatalen, zerstörerischen Beschluss schnellstmöglich zu korrigieren. Es muss endlich Schluss sein mit diesem Ampel-Chaos in Berlin. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Margit Wild (SPD): Mehr Sachlichkeit und Ruhe wäre durchaus angebracht gewesen!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Annette Karl für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegen der Regierungsfractionen! Ich habe ja durchaus ein minimales Verständnis für Ihre Phantomschmerzen, weil Sie in Berlin völlig bedeutungslos sind. Aber wir leben in herausfordernden Zeiten, und alle politischen Ebenen wie EU, Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, gemeinsam alles Mögliche zu tun, um die Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen, egal ob groß oder klein, bestmöglich durch die Krise zu bringen. Deshalb habe ich keinerlei Verständnis dafür, dass Sie eine vollkommen ungerechtfertigte Empörungsslyrik vor uns allen ausbreiten und meinen, Sie müssten schwierige Gesetzgebungsprozesse für Wahlkampfklamauk nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Fakten: Die Bundesregierung hat 300 Milliarden Euro für die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger freigemacht. Die Koalitionsfractionen haben sich Mitte Dezember darauf geeinigt, dass die Hilfen auch für Nutzer von Öl und Pellets, für private Haushalte mit eingesetzt werden. Die SPD-Fraktion hat sich im Bund weiterhin dafür eingesetzt, diese Unterstützung auch auf KMUs, die Öl und Pellets nutzen, auszudehnen. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, und wir stehen auch dazu. Auch der Klumaausschuss im Bund hat sich dafür ausgesprochen. Die Bundesregierung hat auch kommuniziert, dass sie das vorhabe. So stand es dann auch in der Beschlussvorlage des BMWK zum Haushaltsausschuss. Der Haushaltsausschuss hat dann die Hilfen für die KMUs in Bezug auf Öl und Pellets wieder herausgenommen. Das hat auch uns überrascht. Aber das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen; denn es geht ja nur um eine Teilentsperrung. In Berlin wird hart an einer Lösung gearbeitet. Ich bin davon überzeugt, dass nächste Woche eine Lösung gefunden werden wird. Dann können Sie alle wieder von Ihren Tannen herunterkommen und sich auf Ihre Arbeit konzentrieren, auf das, was im Land zu tun ist. Hier geht es darum, den bayerischen Härtefallfonds endlich "handlebar" zu machen. Sie müssen die Onlineplattform schaffen, damit die Ratenzahlungen für die Corona-Rückzahlungen möglich werden, und

noch vieles andere mehr. Kümmern Sie sich darum! Die Bundesangelegenheiten klären wir. Wir lehnen den Regierungsantrag ab und stimmen unserem eigenen zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung tut alles, damit wir hier gut durch die Krise kommen.

(Gerd Mannes (AfD): So ein Schmarrn!)

Sie hat ein umfassendes Paket mit Unterstützungsmaßnahmen wie der Energiepreisbremse aufgelegt. Die Kollegin Karl hat es bereits angesprochen, es geht insgesamt um 300 Milliarden Euro. 300 Milliarden Euro wurden in die Hand genommen, damit wir hier gut durch die Krise kommen. Ihnen fällt im Landtag nichts Besseres ein, als immer nur ein Ampel-Bashing zu machen.

(Manfred Ländner (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist keine konstruktive Kritik, sondern nur planloses Gerede.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Strompreise sind jetzt wieder auf dem Niveau vor Ausbruch des Krieges. Der Strompreis beträgt momentan wieder rund 0,12 Euro. Beim Gaspreis sind wir wieder bei rund 65 Euro pro Megawattstunde.

(Gerd Mannes (AfD): Ihr habt es aber vorher verbockt!)

Das alles ist ein Erfolg. Daher kann man wirklich sagen, dass die Hilfen jetzt greifen. Zum Beispiel bekommen die KMUs, die über 30.000 Kilowattstunden verbrauchen,

70 % ihres Stromverbrauchs für 0,13 Euro. Das ist wirklich ein großer Erfolg. Es gibt im Härtefallfonds Hilfen für 1,8 Milliarden Euro. Es wird mit unterschiedlichen Maßnahmen unterstützt. Das ist wirklich ein umfassendes Paket. Ich finde es schon etwas lächerlich, wenn Sie sich von der CSU und den FREIEN WÄHLERN als Anwalt der kleinen Leute hinstellen und so tun, als würden Sie alles machen. Sie geben aber eigentlich die komplette Verantwortung an den Bund ab. In Bayern machen Sie nämlich etwas ganz anderes. Hier haben Sie jahrelang, jahrzehntelang die erneuerbaren Energien blockiert. Die Unternehmen müssen jetzt dafür zahlen. Sie haben den Stromnetzausbau blockiert. Die Unternehmen müssen bezahlen.

(Manfred Ländner (CSU): Was hat denn das mit dem Thema zu tun?)

Es gibt kein anderes Bundesland, in dem das Delta zwischen Stromverbrauch und Stromerzeugung so groß ist wie in Bayern. Das alles ist auf die desaströse Energiepolitik von CSU und FREIEN WÄHLERN zurückzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ländner (CSU): Immer wieder dasselbe!
Immer dieselbe Leier!)

Herr Kollege Ludwig, als Sie Ihre Rede gehalten und sich echauffiert haben, war der Applaus Ihrer Fraktion, der CSU-Fraktion, schon sehr müde. Langsam stellt man schon fest, dass Sie sich mit Ihrem ständigen Ampel-Bashing abnutzen. Das glaubt Ihnen draußen niemand mehr; das glauben Sie selbst in Ihren Reihen auch nicht mehr. Sie machen einfach keine konstruktive Politik, sondern üben immer nur Kritik an der Bundesregierung.

Ich kann mich meiner Vorrednerin Frau Karl nur anschließen: Ja, die Bundesregierung ist dran, alles dafür zu tun, um eine Lösung zu finden. Machen Sie hier in Bayern Ihre Hausaufgaben – da gibt es wirklich genug zu tun –, und hören Sie endlich auf, nur mit dem Finger nach Berlin zu zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Manfred Ländner, CSU-Fraktion, das Wort.

Manfred Ländner (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich mache selten Zwischenbemerkungen, weil es nichts bringt. Langsam geht mir das aber auf den Senkel.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ja, uns auch!

Manfred Ländner (CSU): Immer dann, wenn man etwas zur Bundesregierung sagt, regen Sie sich auf. Sie bashen den ganzen Tag über die Bayerische Staatsregierung. Wir benennen berechtigt ein Thema. Das Thema ist ganz einfach. Es lautet: Der Bund hat versprochen, die Unternehmen zu unterstützen, zum Beispiel bei Pellets und Gas. Der Bundestag lehnt das ab.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das stimmt ja nicht! Haushaltsausschuss!

Manfred Ländner (CSU): Wenn man in einer Demokratie Dinge nicht einmal mehr benennen darf, sind wir weit gekommen, dann schweben wir nämlich in jenem Wolkenkuckucksheim, das Sie den Leuten jeden Tag beibringen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir werden heute Ihren Antrag ablehnen. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu;

(Manfred Ländner (CSU): Macht das!)

denn die SPD benennt darin ganz klar, worum es geht. Aus Ihrem Antrag hingegen trieft nur Bashing, nur substanzlose Kritik.

(Manfred Ländner (CSU): Lesen bildet!)

Schon in der Überschrift kann man von Chaos in Berlin lesen. Das ist das Einzige, das Sie die ganze Zeit thematisieren wollen. Von daher gesehen: keine konstruktive Kritik. Wir können hier gern konstruktiv diskutieren, das machen Sie hier aber nicht. Deswegen klare Ablehnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es ist ein skandalöser Wortbruch der Bundesregierung, dass bestimmte Betriebe aus der KMU-Härtefallregelung des Bundes ausgeschlossen wurden. Die Ampelkoalition gefährdet durch diese Benachteiligung die Existenz von kleinen und mittleren Unternehmen – das stimmt. Diese Benachteiligung betrifft Unternehmen, die eben nicht leistungsgebundene Energieträger wie Öl, Pellets oder Hackschnitzel einsetzen. Diese Ausgrenzung durch die Bundesregierung – das muss man ganz klar sagen – ist absolut inakzeptabel.

Die Unterstützung im Rahmen der KMU-Härtefallregelung muss auf alle Betriebe ausgeweitet werden – das stimmt –, unabhängig von den verwendeten Energieträgern. Herr Ludwig, die CSU- und die FREIE-WÄHLER-Fraktion vergessen in ihrem Antrag aber, dass sie selbst den bayerischen Mittelstand mit Vorsatz fast in den Ruin getrieben haben. Die Energiekrise ist hausgemacht. Sie sind selber eine Chaostruppe, weil Sie einen erheblichen Anteil an den explodierenden Energiepreisen haben. Die Staatsregierung hat zwar mit den Energie-Härtefallhilfen einen zaghaften Versuch, einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, aber die Auswirkungen der fehlerhaften Energiepolitik können Sie damit nicht korrigieren.

CSU und FREIE WÄHLER haben aktiv an der Abschaltung der Kernkraftwerke gearbeitet. In Bayern wurden vier Kernkraftwerksblöcke mit 5,1 Gigawatt gesicherter Leistung vom Netz genommen. Das ist völlig verantwortungslos; das wissen Sie auch. Der Börsenstrompreis hat sich auch aus diesem Grund innerhalb eines Jahres fast verzehnfacht. Das liegt natürlich vor allem am Mangel hinsichtlich des Stromangebotes infolge der auch von Ihnen betriebenen Energiewende.

Nur zwei Prozent der Unternehmen haben ihre Energiepreise vertraglich auf mindestens drei Jahre festgelegt. Fast der gesamte Mittelstand muss sich mit den aktuellen Börsenpreisen befassen und sich daran orientieren. Die existenzgefährdende Situation der mittelständischen Wirtschaft geht auch auf Ihr Konto, auf das Konto der Staatsregierung. So sieht es nämlich aus.

CSU und FREIE WÄHLER waren auch für die Einführung der CO₂-Steuer. So haben Sie die Standortbedingungen für bayerische KMUs systematisch verschlechtert. Sie haben auch die selbstzerstörerischen Russlandsanktionen mitgetragen.

Zusammenfassend: Dass es überhaupt energiepolitische Härtefallhilfen für den Mittelstand geben muss, liegt auch an Ihrem Wirken in den letzten Jahren.

Aber jetzt zurück zum Antrag. Die Kernforderung nach einer sofortigen Ausweitung der Härtefallregelung auf Bundesebene ist berechtigt und sinnvoll, und wir tragen sie natürlich auch mit. Das peinliche Lob für die Energie-Härtefallhilfen der Staatsregierung in Ihrem Antragstext braucht aber niemand.

Herr Stümpfig, den zerstörerischen Redebeitrag, den Sie gehalten haben, muss man schon als Sabotage der heimischen Wirtschaft bewerten. Wir haben weltweit die höchsten Strompreise. Das ist hausgemacht, und das ist vor allem ein Versagen Ihrer Fraktion in der Ampel-Regierung.

(Beifall bei der AfD)

Zum Antrag der SPD. Wir lehnen ihn ab, Frau Karl. Anzuerkennen ist das völlige Versagen der Bundesregierung auf energiepolitischer Ebene, sonst nichts. Wir müssen ihn ablehnen. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU stimmen wir zu, weil auch wir von der AfD eine sofortige Unterstützung des Mittelstands auf Bundesebene fordern.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Albert Duin. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sind wir nicht alle wahnsinnig stolz darauf, hier im Bayerischen Landtag zu sitzen und das bayerische Volk vertreten zu dürfen? Sind wir nicht wirklich froh, dass wir in einem Freistaat freie Entscheidungen treffen dürfen und nicht immer nach Berlin blicken müssen? Das ist doch wunderbar! Wir können hier unsere eigenen Entscheidungen treffen. Hier wird aber gerne nach Berlin gezeigt, weil dort angeblich die ganz großen Fehler passieren.

Ich verstehe ja, dass die FREIEN WÄHLER diesen Antrag bringen. Das verstehe ich echt gut; denn der tief sitzende Minderwertigkeitskomplex, weil Sie in Berlin noch nie etwas zu tun hatten,

(Beifall bei der FDP)

muss schon groß sein; der Stachel muss echt tief sitzen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Genieße es! Die paar Monate, die ihr noch da seid!)

Wir klären CSU und FREIE WÄHLER gerne auf. Die Ampel hat im Dezember entschieden, dass private Verbraucher mit Öl- und Pelletheizung ebenfalls von der Härte-

fallregelung profitieren. Eine Öl- und Pellet-Härtefallregelung für die KMUs war vom Bund bis dahin noch nicht vorgesehen. Ich kann aber vorgreifen: Das ist gerade in der Mache. Ich habe heute mit Berlin telefoniert. Das ist in der Mache, damit auch die Seele der CSU und auch die der FREIEN WÄHLER eine Ruhe hat.

(Beifall bei der FDP)

Tatsächlich ist es so, dass viele andere Bundesländer dabei sind. Es gibt schon ein Bundesland, das eine eigene Härtefallregelung durchgezogen hat, nämlich Niedersachsen. Niedersachsen hat gesagt: Wir machen eine eigene Härtefallregelung. Das Land hat dabei 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – die Bayern nicht. Wir machen uns hier in Bayern einen schlanken Fuß und zeigen immer nach Berlin. Ich habe euch aber schon einmal gesagt: Mein Verantwortungsbereich endet an der bayerischen Grenze. Ich kann das nicht oft genug wiederholen.

(Manfred Ländner (CSU): Sei froh!)

Deswegen geht mich das nichts an. Ich bin gerne bereit, euch zu helfen, wenn ihr es nicht schafft, nach Berlin durchzutelefonieren – ein ganz klarer Fall. Wir haben so viele Überschüsse, dass wir das gut mal machen können. Dieses "Mimimi" hier, wenn ihr es in der Regierung nicht schafft und dann eben schnell ruft: Ich hab mir den Fuß gestoßen. Mami, kannst du mir helfen? – Genau so ist es nämlich.

(Beifall bei der FDP)

Da muss endlich was passieren. Seid doch selbstbewusst! Wir hier im Landtag bestimmen darüber, wie es in Bayern weitergeht. Dann werden wir auf alle Fälle sehen, was die Zukunft bringt. Immer nur nach Berlin zu zeigen, kommt bei mir nicht an, weil ich hier in Bayern für die FDP in Bayern zuständig bin.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hat niemand abgehoben?)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Ich erteile dem Abgeordneten Gerd Mannes, AfD-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Wir sind da einer Meinung.

Albert Duin (FDP): Danke!

Gerd Mannes (AfD): Natürlich sind die FREIEN WÄHLER eine Regionalpartei, die in Berlin keine Rolle spielt. Jetzt aber zu meiner Frage: Du bist selbst Unternehmer, lieber Albert. Du weißt, dass ein Unternehmer langfristige Planung braucht. Dieses ganze Hin und Her, mal eine Hilfe zu genehmigen und mal nicht, ist doch für einen Unternehmer absolut schädlich. Das kannst du doch nicht verteidigen. Das muss doch verurteilt werden. Das ist doch inakzeptabel.

Albert Duin (FDP): Das habe ich doch gesagt. Wenn wir in Bayern etwas machen wollen, stehe ich jederzeit dahinter, aber mit "bitte, bitte, ich hab mir wehgetan" auf Berlin zu warten, sehe ich nicht ein. Wir haben in Bayern die Mittel und können hier selbst etwas regeln. Das wollen die FREIEN WÄHLER und die CSU nicht, weil sie lieber nach Berlin zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Kerstin Schreyer. Sie haben das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Albert, ich fand deine Ausführungen ganz spannend. Es geht hier um eine Frage von Wortbruch und um nichts anderes. Man kann immer diskutieren, was der Freistaat macht und was der Bund macht, aber der Bundeskanzler hat den Ländern zugesichert, dass die nicht leitungsgebundenen Brennstoffe in den Härtefallhilfen enthalten sind und dass die Länder das entscheiden können. Der Bundeskanzler hat es zugesichert, und dieses Ampel-Chaos hat es danach im Bundestag verändert. Ehrlich

gesagt ist es schon unglaublich, dass man nicht einmal mehr darauf vertrauen kann, dass die Bundesregierung eine Aussage macht und die Länder das entsprechend umsetzen können – unglaublich!

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Wenn er schon mal etwas sagt! Er sagt ja selten etwas!)

Keine Sorge: Es wird natürlich so sein, dass der Freistaat ausgleicht. Das Kabinett hat ja bereits entschieden, dass es dieses Ampel-Chaos ausgleichen wird.

(Beifall bei der CSU)

Die 50 Millionen Euro werden freigemacht, damit man eben die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht im Regen stehen lässt; denn das macht ihr in Berlin: Ihr lasst sie im Regen stehen.

(Beifall bei der CSU)

Genau deswegen war es nett, Frau Karl, als Sie sagten, die Antragsformulare müssten gemacht werden. Die Maske muss noch einmal umgebaut werden, weil wir jetzt eine eigene Länderschiene entwickeln müssen, und zwar nur deswegen, weil sich der Bund nicht an sein Wort gehalten hat. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben es verdient zu wissen, was bezahlt wird und was nicht. Genau das zeigt sich im Übrigen auch: Das RTL/ntv-Trendbarometer zu Jahresbeginn hat dem Bundeskanzler zurückgemeldet, dass ihm noch 33 % der Bürger vertrauen. Die Bundeskanzlerin hatte 2021 75 % Vertrauen gehabt.

(Zurufe)

Warum vertrauen die Leute denn nicht? – Sie vertrauen nicht, weil die Ansagen, die gemacht werden, am Ende des Tages halt nicht umgesetzt werden. Das ist doch nicht das einzige Beispiel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten Anfang des Jahres den KfW-Stopp, wir hatten den Rückzug vom Bund-Länder-Investitionspaket für die Förderstätten, wir haben jetzt wieder dieses Chaos. Das alles führt zu Politikverdrossenheit. Sie schwächen an der Stelle die Demokratie. Ich kann nur darauf hoffen, dass der liebe Gott und die bayerischen Wählerinnen und Wähler verhüten, dass wir so ein Chaos auch noch in Bayern bekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/26243 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos).

(Zuruf)

– Das Votum der AfD ist mir leider entgangen.

(Zuruf: Zustimmung!)

– Also nehmen wir die Zustimmung der AfD auf. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/26338 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen

Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und des Abgeordneten Busch (fraktionslos). Und die AfD?

(Zuruf: Ablehnung!)

– Ablehnung. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.